

Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#macht**Sozialdemokratie**möglich

Klimaschutz. Konkret. Sozial. Ambitioniert.

Der Klimawandel ist allgegenwärtig. Weltweit nehmen Extremtemperaturen, Orkane, Dürren und Starkniederschläge zu. Der Meeresspiegel steigt, die Wasservorräte nehmen ab, die Böden erodieren und die Gletscher schmelzen. Die Meere versauern, die Biodiversität geht verloren, viele Arten sterben.

In Deutschland hat sich die Zahl extremer Wetterereignisse in den letzten 50 Jahren mehr als verdoppelt. Die Winter werden wärmer und feuchter. Die Alpengletscher könnten in den nächsten 20 Jahren vier Fünftel ihrer Masse verlieren. An der deutschen Küste steigt der Meeresspiegel und erhöht die Hochwassergefahr. Die heißen Sommer reduzieren das Wasser, gefährden die Ernteerträge und erhöhen die Waldbrandgefahr. Zwischen Kiel und Garmisch-Partenkirchen gefährden die steigenden Temperaturen und Regenfälle die biologische Vielfalt. Bienen, Rebhühner und Feldlerchen drohen auszusterben.

Ohne eine Begrenzung des Treibhausgasausstoßes wird sich unser Planet bis 2100 um vier oder mehr Grad erhitzen. Die durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen könnten sich dann verselbstständigen und unumkehrbar werden. Dazu gehört das Auftauen der Permafrostböden, was die Erde weiter erwärmen würde. Zu diesen so genannten Kipppunkten kann es aber auch schon früher kommen.

Der steigende Meeresspiegel droht dann zahlreiche Küstengebiete und -städte zu überfluten. Am stärksten würde es die Armenhäuser der Welt treffen, diejenigen also, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind. In Bangladesch liegt rund ein Fünftel der Landesfläche nur einen Meter über dem Meeresspiegel. Zahlreiche Pazifikinseln könnten ganz verschwinden. Eine weitere Temperaturerhöhung würde auch zu mehr Todesfällen durch Durchfallerkrankungen, Malaria und Unterernährung führen. Die Vereinten Nationen rechnen in Folge des Klimawandels mit einer starken Zunahme der weltweiten Flüchtlingsströme.

Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen kommt uns im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet allein für Deutschland bis zum Jahr 2050 mit Kosten von 800 Milliarden Euro.

Auf der Weltklimakonferenz in Paris (2015) beschlossen die Staats- und Regierungschefs, dem Raubbau an der Natur stärker Einhalt zu gebieten. Sie wollten die globale Temperaturerhöhung auf maximal zwei Grad, möglichst aber 1,5 Grad, begrenzen. Dieses 1,5 Grad Ziel muss unbedingt eingehalten werden. Dafür müssen die Treibhausgasemissionen drastisch reduziert werden.

Wenn wir die Folgen und Schäden des menschengemachten Klimawandels minimieren wollen, müssen wir jetzt handeln. Wir brauchen eine ökologische Energie- Verkehrs- und Agrarwende. Die Politik muss jetzt Impulse setzen, um klimafreundlicher zu wirtschaften. Dort, wo Klimaschutz vernachlässigt wird, muss sanktioniert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kümmern uns aber auch um die soziale Dimension des Klimawandels. Seine negativen Folgen treffen zuerst die Armen und sozial Benachteiligten – hierzulande und weltweit.

Wir setzen uns für die folgenden Maßnahmen ein:

Bereich I: CO₂-Bepreisung

- Die Erhöhung der bestehenden Energiesteuersätze für Heiz- und Kraftstoffe um eine CO₂-Komponente, die dazu geeignet ist, einen Anfangspreis pro Tonne ausgestoßenem CO₂ von mindestens 35 Euro zu erreichen. In den folgenden Jahren muss der Preis pro Tonne ausgestoßenem CO₂ und folglich der Aufschlag ausgestoßenem CO₂ steigen.
- eine einheitliche Rückverteilung über eine Klimaprämie, um die Steuer sozialverträglich zu gestalten. Es sollte zweitens im Zuge der Einführung einer CO₂-Steuer zu einer Senkung der Stromsteuer und EEG-Umlage kommen. Neben diesen beiden Ausgleichsmechanismen müssen im Speziellen Personengruppen unterstützt werden, die durch beide Maßnahmen aufgrund ihrer individuellen Situation trotzdem schlechter gestellt werden. Etwa ist ein Pendlerausgleich zu schaffen über erhöhte Kilometerpauschalen. Auch auf Investitionskostenzuschüsse oder andere Formen der Unterstützung für besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen und solche der Daseinsvorsorge sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Bereich II: Verkehr und Mobilität

- Die stärkere Bepreisung von Flugtickets über eine Klimaabgabe und / oder eine Besteuerung von Kerosin auf alle Flüge, die von deutschen Flughäfen starten. Vorrangig soll dabei eine gemeinsame europäische Lösung für die Verteuerung des Flugverkehrs gefunden werden. Wenn dies nicht möglich, sind nationale Lösungen zu prüfen. Die Gewinne aus einer stärkeren Bepreisung von Flügen müssen in den Ausbau des Schienenverkehrs fließen.
- Der verstärkte Ausbau der Bahninfrastruktur durch zielgerichtete Investitionen in Fahrzeuge, Personal und Schieneninfrastruktur sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr. Dabei muss marode Infrastruktur instandgesetzt werden und eine 100% Elektrifizierung schnellstmöglich realisiert werden. Zur Neuaufstellung der Bahn gehört auch die stärkere Kontrolle über die Deutsche Bahn AG, eine Verschlinkung ihrer Strukturen, um sie auf ihr Kerngeschäft zu fokussieren sowie die deutliche Priorisierung des Schienen- gegenüber dem Straßenverkehr innerhalb des Bundesverkehrswegeplans. Das beinhaltet neben anderen Maßnahmen auch eine weitere Senkung der Trassenpreise

und Ausweitung der LKW-Maut, um den Schienengüterverkehr weiter zu fördern.

- Die stärkere Subventionierung von Bahntickets bspw. durch eine Mehrwertsteuerreduzierung auf Tickets und insgesamt höhere Investitionen. Sollten Angebotsausweitung und Preissenkung nicht gleichzeitig möglich sein, ist dem Infrastrukturausbau Vorrang zu geben.
- Unser Ziel ist ein kostenfreier Öffentlicher Nahverkehr – das ist sozial und ökologisch vernünftig.
- Abbau von Subventionen im straßengebundenen Individual- und Güterverkehr durch die schrittweise Angleichung der Besteuerung von Diesel und Benzin sowie die Kopplung der Dienstwagenbesteuerung an den CO₂-Ausstoß und durch die Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen.
- Die stärkere Förderung von Elektromobilität bspw. durch den flächendeckenden Ausbau von Ladestationen.
- Der wachsende Markt für sogenannte SUV muss eindämmt werden. Für Innenstadtbereiche muss über Verbote nachgedacht werden. Diese Fahrzeugkategorie weist ein solch hohes Gewicht auf, dass selbst effizienteste Antriebe höhere Luftbelastungen nicht verhindern. Außerdem wird überproportional viel Platz für die Menge beförderter Personen eingenommen. Demnach sind selbst solche SUV mit Elektroantrieb einzubeziehen.

Bereich III: Landwirtschaft und Natur

- Steigerung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche. Hierbei ist die europäische Ebene zentral, da die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ansteht. Ziel muss sein, stärker darauf zu setzen, dass finanzielle Mittel und Subventionen im Rahmen der GAP an klimaschonende Produktionsweisen gekoppelt werden. Außerdem muss der Fokus auf der Unterstützung von kleinen und mittleren Betrieben sowie dem Umwelt-, Klima- und Tierschutz liegen, damit die europäische Agrarpolitik gerechter und nachhaltiger wird.
- Stärkung der klimaverträglichen Tierhaltung in Deutschland
- Förderung von effizientem Düngemiteleinsatz, um die Menge zu viel ausgebrachten Stickstoffs zu minimieren.
- Intensive Aufforstung der Wälder und Schutz natürlicher Co₂-Senken, wie z.B. Moore

Bereich IV: Energiewirtschaft

- Die Verstromung fossiler Energieträger muss enden. Dazu dient auch eine Bepreisung des Co2-Austoßes.
- Der Kohlekompromiss geht in die richtige Richtung, gerade in Fragen des Dialog-Formats. Aber: Der Ausstieg aus der Kohleverstromung sollte noch vor 2038 erfolgen-
- Massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Deckel muss weg. Durch Solaranlagenzwang auf schrägen Dächern, eine Ausweitung der Flächen für Windkraftanlagen, einen raschen Ausbau der Nord-Süd-Stromtrassen, einer Speicherung der Energie in Pumpspeichern und der weiteren Erforschung anderer Energieerzeugungsmöglichkeiten kann der Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangebracht werden.
- Abschaffung klimaschädlicher Subventionen zugunsten klimafreundlicher Förderungen

Bereich V: Gebäude

- Flächendeckende Gebäudesanierungen, um Klimaneutralität im Bestand zu erreichen. Sozialverträgliche Sanierungen müssen dabei für Mieter*innen durchgesetzt werden, etwa durch eine Abschaffung der Modernisierungumlage zulasten der Eigentümer, etwa großer Wohnungsunternehmen, mit gleichzeitiger Verpflichtung zur Investition seitens dieser Eigentümer
- Weiterentwicklung der Standards für Neubauten hinsichtlich klimaneutraler Bauweise
- Schrittweise Abkehr von fossilen Heizungssystem über Anreizsysteme und Förderungen
- Förderung der Forschung und Entwicklung innovativer Gebäudekonzept
- Intelligente Stadt- und Raumplanungskonzepte müssen umgesetzt werden, die ein soziales und klimafreundliches Leben ermöglichen. Dazu zählen Maßnahmen im Großen, etwa in der intelligenten Verkehrsplanung bezüglich ÖPNV und Verkehrslenkung, dazu zählen aber auch vermeintlich kleinteilige Lösungen hinsichtlich intelligenter Straßenbeleuchtung, die komplett auf LED-Technik umgestellt werden muss.